pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Wunder, Dieter

(Selbst-)Täuschungen? Bemerkungen zur Reflexion der Erziehungswissenschaft über ihr Verhältnis zur Bildungspolitik

Die Deutsche Schule 98 (2006) 2, S. 142-148

Quellenangabe/ Reference:
Wunder, Dieter: (Selbst-)Täuschungen? Bemerkungen zur Reflexion der Erziehungswissenschaft über ihr Verhältnis zur Bildungspolitik - In: Die Deutsche Schule 98 (2006) 2, S. 142-148 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-273273 - DOI: 10.25656/01:27327

https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-273273
https://doi.org/10.25656/01:27327

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Dieter Wunder

(Selbst-)Täuschungen?

Bemerkungen zur Reflexion der Erziehungswissenschaft über ihr Verhältnis zur Bildungspolitik

Die „Zeitschrift für Pädagogik" – die prestigereiche Zeitschrift der Erziehungswissenschaft – veröffentlichte vor kurzem unter dem Titel „Vom Bildungsrat (nach) zu PISA. Eine zeitgeschichtliche Studie zur deutschen Bildungspolitik" eine Expertise zum Verhältnis von Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft (Leschinsky 2005). Sie war vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung – der angesehenen Einrichtung der Erziehungswissenschaft – in Auftrag gegeben worden und wurde unkommentiert veröffentlicht. Da ist Aufmerksamkeit geboten.

Die Expertise Achim Leschinskys legt eine Deutung der offiziösen Politik des Instituts nahe. Etwa derart: So wie „wir" es mit PISA gemacht haben, besteht eine verantwortungsvolle Balance zwischen Politik und Wissenschaft, die der Bildungsrat seinerzeit verfehlt hat. Denn im Gegensatz zum Bildungsrat haben „wir" bei PISA keine politischen Empfehlungen ausgesprochen. Dass PISA, wie immer die Ergebnisse dargestellt und interpretiert werden, massiv in die Bildungspolitik hineinwirkt, wird anscheinend als nicht beabsichtigt übersehen, obwohl doch manches eine voraussehbare, wenn auch nicht immer ausgesprochene Wirkung der Studien war und manches von den Autoren, – teilweise in ausdrücklicher Gegenposition zu anderen Deutungen – direkt empfohlen wurde, z. B. die Ablehnung von Strukturänderungen im Schulsystem. PISA selbst ist ein von politischen Gremien – OECD, KMK – veranlasstes und abgesegnetes Vorhaben. Nicht zu unrecht fragt P. M. Roeder hoffnungsvoll „Endlich ein Schock mit Folgen?" (Roeder 2003) Rainer Watermann u.a. beschreiben den Disseminationsprozess von PISA-2000 als „eine Vielzahl von Publikationen und Aktivitäten, die dazu dienen, die Akteure im Bildungswesen über die Studie und ihre Ergebnisse zu informieren und in eine Diskussion über die Befunde, ihre Interpretation und die abzuleitenden Schlussfolgerungen einzutreten." (Watermann u.a. S. 106) Jede Erziehungswissenschaft, die sich zur Praxis äußert, wirkt politisch – alles andere ist Illusion. Die reine, von der ‚hässlichen' Politik unbefleckte Erziehungswissenschaft kann es nicht geben. Eine Reflexion kann also nur dabei ansetzen, wie dieses Verhältnis des genaueren zu bestimmen ist.

Leschinskys Aufsatz enthält eine sehr klare Aussage: Der Bildungsrat hat es falsch gemacht.

- Der erste Vorwurf Leschinskys beruht auf der Wertung des Gutachtens „Begabung und Lernen", das er als solches anerkennt, aber dennoch aus zweierlei Gründen kritisch sieht. Sein Herausgeber und spiritus rector Heinrich Roth

habe eine problematische Vergangenheit;[1] er und andere hätten im Bildungsrat aus dem Gutachten abgeleitete praktische Empfehlungen gegeben. Zudem habe der Bildungsrat den Gesamtschulstreit nicht vermieden, wie wohlweislich später die OECD.[2] PISA dagegen sei dem Strukturstreit ausgewichen; die Studien gäben keinen Empfehlungskatalog à la Bildungsrat. Gut ist also, so mein Schluss aus der Expertise, Wissenschaft, die sich aus dem politischen Streit heraushalten kann. Ob ihr dies gelingt, ist allerdings – was die Expertise vergisst – nicht allein ihre Angelegenheit, sondern auch die der Politik: was diese sich zum Thema macht, gerät in Streit – soll Wissenschaft sich deswegen zurückhalten? Soll sie jeweils die politischen Strömungen beachten und nur dort sich äußern, wo sie nicht in Verwicklungen gerät? Also sich heute positiv zum Kindergarten für alle äußern, weil diese Überzeugung Gemeingut geworden ist, aber nicht zur Schulstruktur in der Sekundarstufe I, weil dies strittig ist? Leschinsky gibt dazu keine Antwort.

• Er selber will das Problem in seiner Expertise nicht endgültig lösen, denn er verweist auf den klinischen Fokus, den Erziehungswissenschaft auch haben kann. Nehmen wir das Beispiel Lehrerbildung. Was darf Erziehungswissenschaft zu ihrer Gestaltung beitragen? Alle wichtigen Fragen sind auch politische Fragen – der Umfang der Erziehungswissenschaft, der Anteil von Praxis, das Gewicht praxisferner Reflexion, der Anteil der sog. Fachwissenschaften, die BA- und MA-Studiengänge. Leschinsky plädiert für eine Form reiner Wissenschaft, die für die Erziehungswissenschaften nicht zutreffen kann. Da hilft auch die Berufung auf die Autorität Max Webers nicht (Leschinsky S. 827).

Die Frage nach dem Verhältnis von Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik muss man wohl anders anpacken. Es kann nicht darum gehen, beide „Reiche" – wie Leschinsky in Anlehnung an religiöse Sprache formuliert –, besser gemäß Luhmann: beide „Systeme" auseinanderzuhalten, sondern die Eigenheiten beider Systeme zu beachten.[3]

Politik kennt keine Grenzen. Jede Frage kann, sobald es um Verwirklichung oder Verhinderung von Plänen und Ideen geht, politisch werden, wie wir täglich erleben: eine Karikatur Mohammeds ebenso wie der Zugang zu Kondo-

---

1 Zu diesem Urteil über Leschinskys Argumentation komme ich, weil Roth die einzige Person ist, deren Lebenslauf vorgestellt wird (Leschinsky, S. 826 Anm. 7) – weder K. V. Müller mit seiner nazistischen Vergangenheit noch H. Becker mit seinem demokratischen Engagement werden derart ‚gewürdigt'.

2 Die OECD habe in ihrem Länderexamen (OECD 1973) Strukturempfehlungen nur einen „geringeren Platz" zugewiesen. Meine Lektüre des Examens ergab, dass sich die Prüfer gegen die monopolartige Stellung der Strukturdebatte in der Reformdiskussion wandten, nicht aber gegen Strukturveränderungen als solche. In den Schlussfolgerungen heißt es (S. 147): „Man war sich auch auf allen Seiten einig darüber, dass solche organisatorischen und strukturellen Änderungen *nur insoweit wirksam wären* (Hervorhebung DW), wie sie mit Änderungen auf anderen Gebieten wie Curricula, Lehrtechniken, freieren Formen der Schüler-Lehrer-Beziehungen, grundlegender Reform der Lehrerausbildung und einer breiten Mitbestimmung in der Bildungsverwaltung verbunden wären."

3 Herrlitz (2004) schreibt von zwei Kulturen in Zitierung Hans Weilers. Ich finde den Ausdruck Systeme treffender, Kultur kennzeichnet einen Aspekt der Unterschiede.

men. Pädagogische Fragen sind allemal politisch, zumal die Bundesrepublik ein staatliches Schulsystem besitzt.

Wissenschaft kennt allerdings Grenzen, jedenfalls methodische. Man wird als wissenschaftlich nur das bezeichnen können, was systematisch reflektiert und im Horizont bisheriger Wissenschaft entwickelt wird und dessen Annahmen offen gelegt werden. Politische Folgerungen müssen auf ihre Voraussetzungen hin durchsichtig sein: Was ist wissenschaftlich gesichert, was wissenschaftsgestützte Vermutung, was politisch-persönliche Sicht? Wissenschaftliche Beiträge, die sich zu politischen Implikationen ihres Fachgebietes äußern, wird man also unter methodischen Aspekten sehr genau prüfen; wissenschaftliche Beiträge, die sich unpolitisch geben, wird man auf verborgene politische Annahmen und Folgerungen untersuchen.

Systematisch könnte man das Verhältnis von Erziehungswissenschaft zu Bildungspolitik aus erziehungswissenschaftlicher Sicht nach Formen der Politiknähe oder -ferne unterscheiden. Natürlich gibt es viele Beiträge der Erziehungswissenschaft, die aus methodischen oder gegenstandsbezogenen Gründen politischen Bezügen sehr fern stehen – sie mögen außerhalb dieser Betrachtung stehen.

Da sind die Wissenschaftler, die sich – gerufen oder aus eigenem Antrieb – in der Nähe der Politik bewegen, als gelegentliche oder ständige Berater, als Mitglieder von Beratungsgremien o.ä. Sie sind als politisch beteiligte, gar engagierte Menschen immer in der Versuchung, ihre wissenschaftlichen Überlegungen mit den Durchsetzungsproblemen der Politik zu vermengen, also selber zu Politikern zu werden.[4] Für den Beobachter ist allerdings meist klar, wo sie sich politisch äußern, wo wissenschaftlich. Sie selber werden sich dessen auch meist bewusst sein.

Anders sind jene Wissenschaftler zu sehen, die sich mit Themen beschäftigen, die am Rande oder im Zentrum der Politik liegen, aber selber den direkten Kontakt zur Politik eher meiden (wer allerdings würde es wirklich ablehnen, einen Fachvortrag vor politischen Gremien zu halten?). Sie gäben sich freilich einer Täuschung hin, wenn sie sich für unpolitisch hielten. Wer kennt nicht katholische Erziehungswissenschafter, die ihrer Kirche dienen? Wer über sie die Nase rümpft, übersieht die Balken im eigenen Auge. Besser ist es mithin, weltanschauliche Voraussetzungen offen zu legen, als sie zu verdecken. Solche Wissenschaftler sollten nicht nur in der wissenschaftlichen Kommunität geduldet werden, sondern dank ihrer Transparenz sehr willkommen sein.

Schließlich gibt es jene Wissenschaftler, die Teilaspekte der Bildungspolitik oder die Bildungspolitik als solche zu ihrem wissenschaftlichen Thema machen – als Wissenschaftler, nicht als Bürgerinnen oder Bürger. Auch wenn man zuweilen den Eindruck hat, dass die Grenze zwischen ihrem persönlichen Engagement und ihrer Wissenschaft nicht immer sauber gezogen wird. Wäre es menschlich, dies kontinuierlich zu tun? Wichtiger ist der Tatbestand, dass es zu wenig Erziehungswissenschaftler/innen gibt, die sich wissenschaftlich

---

4 Dies übersieht Stamm (2005). Ich selbst habe diese Situation zusammen mit Hartmut Kienel zu beschreiben versucht (Kienel/Wunder 2002).

grundsätzlich mit dem Verhältnis der Erziehungswissenschaft zur Bildungspolitik, ihren Eigenheiten und Problemen, beschäftigen.[5] Jüngst hat dies Margrit Stamm (Stamm 2005) getan und die Erziehungswissenschaft zur Optimierbarkeit der Anwendung ihrer Ergebnisse aufgerufen, aber zugleich skeptische Distanz zu Politik empfohlen. Bezeichnenderweise erforscht auch die Politikwissenschaft die Bildungspolitik sehr zurückhaltend (Hepp/Weinacht 1996). Die Erforschung der Wechselwirkung von Politik und Erziehungswissenschaft scheint mir kaum ein Gegenstand der Erziehungswissenschaft zu sein,[6] auch nicht der Politologie.

Unberücksichtigt bleiben bei solcher Betrachtung die Wissenschaftler, die sich bewusst im Felde der Bildungspolitik engagieren. Ich denke hier etwa an die „Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens" (Gruschka u.a. 2005). In solchen Stellungnahmen überwiegt die politische Aussage, wissenschaftliche Reflexion tritt zurück.

Aus politischer Sicht ist zu fragen, wieweit Bildungspolitiker Erziehungswissenschaft brauchen? Die Antwort ist bedeutsam für die Erziehungswissenschaft und zeigt zugleich die Gefährdungen, denen sie ausgesetzt ist. Faktisch kommen weder das Schulsystem noch die Bildungspolitik ohne die Ergebnisse der Erziehungswissenschaft aus. „Die Nachfrage nach erziehungswissenschaftlicher Expertise in Politik und Praxis ist ungebrochen hoch", formulieren Rauschenbach u.a. (2005). Dies zeigt sich in der Lehrerbildung, bei den Curricula, vor allem aber bei allen derzeit stattfindenden Innovationen (Bildungsstandards, Qualität, Hochschulpolitik usw.). Zuweilen erfolgt die Umsetzung indirekt über die wissenschaftlich ausgebildeten und mit Wissenschaft in Kontakt stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ministerien und Unterstützungssystemen, zuweilen über direkte Indienstnahme von Wissenschaftlern für Politik oder durch politische Gremien der Wissenschaft (z. B. Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz). Dies heißt allerdings nicht, dass Politik das, was Fachleute raten, immer bereit ist zu akzeptieren – der fachliche Aspekt ist nur einer von vielen Faktoren, auf die Politik achtet. Wie komplex und zugleich individuell Entscheidungen von Politikern ausfallen, habe ich an einigen Beispielen zu zeigen versucht (Wunder 2000).

Wünschenswert wäre es, wenn der Umgang miteinander reflektierter und offener erfolgen würde, als es zuweilen den Anschein hat. Beratung vollzieht sich vielfach nicht im Lichte der Öffentlichkeit. Wissenschaftler sollten ihre spezifische Kompetenz deutlich von anderer Beratung, wie sie etwa aus Lobbyarbeit, Erfahrung oder besonderen Lebenskenntnissen herrührt, abgrenzen. Sie

---

5 Bei einer Durchsicht der online-Zeitschriftenbank der Deutschen Bibliothek Frankfurt (seit 1993) wird für die Stichworte ‚Bildungspolitik Erziehungswissenschaft' nur eine Zeitschrift genannt, und zwar mit fünf Beiträgen „Die Deutsche Schule." Heid (2001) streift in seinem Handbuchbeitrag „Das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Pädagogik" das Verhältnis, ohne es doch zu thematisieren. Das Problem existiert weder im „Historischen Wörterbuch der Pädagogik" (Benner/Oelkers 2004) noch in den „Pädagogischen Grundbegriffen" (Lenzen 2002).

6 Eine flüchtige Durchsicht der Jahrgänge 2003 bis 2005 der „Zeitschrift für Pädagogik" wie der „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft" zeigt keine einschlägigen Artikel.

können Nachdenklichkeit und Irritation ins politische Geschäft bringen, vor angeblicher Eindeutigkeit ihrer Folgerungen warnen, Entscheidungsalternativen für verschiedene politische Prioritäten aufzeigen und auf Klärung der möglichen bzw. zu vermeidenden Risiken und Nebenwirkungen drängen (vgl. a. Stamm 2005).

Alle Mängel im gegenseitigen Verständnis können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verflechtung außerordentlich eng ist. Die Expertise Leschinskys sollte ein Anstoß sein, solche Verflechtungen genauer – also wissenschaftlich – zu untersuchen. Die Ergebnisse könnten erhellend sein und einer Klärung des erziehungswissenschaftlichen Selbstverständnisses dienlich sein.

Was bleibt bei solchem Resümee der Beziehungen? Die kritische Auseinandersetzung mit dem Bildungsrat ist sicherlich politisch wie wissenschaftlich notwendig, denn der Bildungsrat wirkt positiv wie negativ nach. Ihr ist allerdings nicht mit pauschalen Vermutungen gedient, vielmehr ist jeweils genau nachzufragen, was er falsch gemacht hat. Leschinskys Aufsatz handelt vom (partiellen) Scheitern eines erziehungswissenschaftlich-bildungspolitischen Experiments. Er vermeidet es allerdings, Überlegungen zum damaligen Funktionieren von Bildungs*politik* anzustellen; auch fehlt es an vergleichenden Betrachtungen, was in anderen Ländern passierte und warum dort beispielsweise Gesamtschulsysteme erfolgreich eingerichtet wurden. Leschinsky übersieht daher:

(1.) Der Bildungsrat war in Deutschland – nach der Reichsschulkonferenz 1920 – der erste Versuch, durch wissenschaftliche Beratung auf Bundesebene die bildungspolitische Entwicklung zu befördern. Er bewegte sich in Neuland. Sein Tätigkeitszeitraum deckt sich im Übrigen mit dem Aufschwung der Erziehungswissenschaften – an den Einsichten und Kenntnissen, die inzwischen erarbeitet worden sind, fehlte es damals.

(2.) Er musste bundesweit in einem Feld agieren, in dem die Bundesländer die bestimmende Kraft waren, der Bund kaum etwas zu sagen hatte.

(3.) Er kam durch die Konfrontation der ‚Bewegungsparteien' SPD und FDP gegen die ‚Beharrungspartei' CDU/CSU in eine Lage, da ihm nur Resignation übrig bleiben konnte. Was anderen Ländern gelang, im weitgehend Konsens die bildungspolitische Entwicklung langfristig festzulegen, war damit schon im Ansatz unmöglich geworden.

Die beiden letzten Faktoren wirken bis heute nach. Der Föderalismus soll sogar neu gestärkt werden. Bildungspolitik wird dann vermutlich noch stärker zum Konfrontationsfeld der Parteien. Insofern schreckt Politik, aber auch Erziehungswissenschaft vor dem Bildungsratbeispiel zurück. Dies ist aber kein Versagen des Bildungsrates, sondern der Politik, die sich eines Instrumentes bedienen wollte, das nur solange sinnvoll war, als ein politischer Konsens im Prinzip möglich war.

(4.) Freilich darf ein soziales wahlbestimmendes Faktum nicht übersehen werden. Die Veränderungspartei unterlag, weil die von allen politischen Kräften gewollte Öffnung der Bildungswege (insbesondere Wegfall der Zugangsschranken zum Gymnasium, Neubau von Gymnasien in bis dahin gymnasial-

freien Zonen) die traditionelle Dreigliederung des Schulsystems faktisch stärkte. Zwar war die abstruse Begabungstheorie K. V. Müllers erledigt, aber die Dreigliedrigkeit ermöglichte vielen Eltern, ihr Kind auf die Schule zu schicken, die den Aufstieg zu garantieren schien, das Gymnasium, zumindest aber die Realschule.

Auf dem Hintergrund solcher Rahmenbedingungen kann kritisch gefragt werden: War der Bildungsrat wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit? Hat er sich in politische Gefilde begeben, die er falsch einschätzte, war also zu idealistisch für das politische ‚Getümmel'? Bei der aus Detailforschungen gewonnenen Beantwortung würde sich – so mutmaße ich – zeigen, dass der Bildungsrat angesichts der Umstände gute und nachwirkende Arbeit geleistet hat, dass er allerdings an der Politik scheiterte. Offensichtlich war der Abstand dieser Erziehungswissenschaftler zur Politik und umgekehrt zu groß, um zu einem konsenshaften Umgang miteinander zu kommen. Zwar hat – wie Leschinsky überzeugend darlegt (S. 825f.) – die Konstruktion des Bildungsrates als Ein-Kammer-System im Gegensatz zum Wissenschaftsrat mit seinem Zwei-Kammer-System die Annäherung sicherlich zusätzlich erschwert, aber im Prinzip war die Verständigung aus Gründen, die in der Politik lagen, kaum möglich. Erziehungswissenschaftler bedürfen also, damals wie heute, einer guten Kenntnis der politischen Bedingungen ihres praktischen Handelns. Auch deswegen wären Forschungen zu diesem Beziehungsfeld notwendig. Nur auf solcher Grundlage kann die von Leschinsky geforderte Balance fundiert und reflektiert gefunden werden. Sie wird individuell unterschiedlich sein – indem die je individuellen Überlegungen für ein solches Gleichgewicht öffentlich gemacht werden,[7] wird Erziehungswissenschaft glaubwürdig. Ungeachtet dessen wird man die Geschichte des Bildungsrates als ein Glanzstück der Wirksamkeit von Erziehungswissenschaften ansehen, woran Herrlitz (2005) soeben erinnert hat. Der berechtigte Stolz des Max-Planck-Instituts auf PISA sollte nicht zu missdeutbaren Verzeichnungen der Vergangenheit führen.

Literatur

Benner Dietrich; Jürgen Oelkers (Hg.) 2004: Historisches Wörterbuch der Pädagogik. Weinheim: Beltz

Gruschka, Andreas u.a. 2005: Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb! Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens. Frankfurt/M.: http://forum-kritische-paedagogik.de/start/e107_files/downloads/frankfurtthesen.doc

Heid, Helmut (2001): Das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Pädagogik. In Leo Roth (Hrsg.) Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis. 2. A. München, S. 1089-1098

Hepp, Gerd; Paul-Ludwig Weinacht 1996: Schulpolitik als Gegenstand der Sozialwissenschaft oder: Hat die Politikwissenschaft ein Thema verloren? In: Zeitschrift für Politik, 43, S. 404-433

Herrlitz, Hans-Georg (2004): Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik – zwei getrennte Kulturen? In: Die Deutsche Schule, 96. Jahrgang, Heft 1. S. 6-9.

7 Tillmann hat dies beispielsweise verschiedentlich getan (Tillmann 1991, Tillmann/Vollstädt 2001).

Herrlitz, Hans-Georg 2005: Vor vierzig Jahren. Eine Erinnerung an den „Deutschen Bildungsrat" und die Aktualität seiner „Empfehlungen". In: Die Deutsche Schule, 97, 2005, 2, S. 135-139
Kienel, Hartmut; Dieter Wunder 2002: Wissenschaftliche Beratung und Bildungspolitik. In: Michael Weegen u.a. (Hg.): Bildungsforschung und Politikberatung. Weinheim. S. 39-50
Lenzen, Dieter (Hg.) 2002: Pädagogische Grundbegriffe. Reinbek: Rowohlt, 5. Aufl.
Leschinksy, Achim 2005: Vom Bildungsrat (nach) zu PISA. Eine zeitgeschichtliche Studie zur deutschen Bildungspolitik. In: Zeitschrift für Pädagogik, 51, 2005, 6, S. 818-839
OECD 1973: Bildungswesen mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD. Hrsg. Klaus Hüfner. Frankfurt
Rauschenbach, Thomas u. a. 2005: Erziehungswissenschaft im Fächervergleich. In: Zeitschrift für Pädagogik, 50. Beiheft, S. 135-155
Roeder, Peter Martin 2003: TIMSS und PISA – Chancen eines neuen Anfangs in Bildungspolitik, -planung, -verwaltung und Unterricht. In: Zeitschrift für Pädagogik, 49, 2003, 3, S. 180-197
Stamm, Margrit 2005: Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. Perspektiven eines schwierigen Verhältnisses. In. Die Deutsche Schule, 97, 2005, 4, S. 421-431
Tillmann, Klaus-Jürgen 1991: Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik – Erfahrungen aus der jüngsten Reformphase. In: Zeitschrift für Pädagogik, 37, 6, S. 955-974
Tillmann, Klaus-Jürgen; Witlof Vollstädt 2001: Bildungsforschung in politischem Auftrag: eine Einführung. In: Klaus Jürgen Tillmann, Witlof Vollstädt (Hg.): Politikberatung durch Bildungsforschung. Opladen 2001, S. 9-16
Watermann, Rainer u.a. 2003: Watermann, Petra Stanat, Mareike Kunter, Eckhard Klieme, Jürgen Baumert: Schulrückmeldungen im Rahmen von Schulleistungsuntersuchungen: Das Disseminationskonzept von PISA-2000. In: Zeitschrift für Pädagogik, 49, 2003, 1, S. 92-111
Wunder, Dieter 2000: „Auf die Ministerin, den Minister kommt es an". Ein Versuch zu analysieren, wie Bildungspolitik „gemacht" wird. In: Bernd Frommelt u.a. (Hg.): Schule am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Weinheim 2000, S. 177-195.

Dieter Wunder, geb. 1936, Dr. phil.; bildungspolitischer Berater;
Anschrift: Franz-Groedel-Str. 5, 61231 Bad Nauheim;
Email: dwunder@tiscali.de